

Ein Dossier von ENGAGEMENT GLOBAL in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Im Einsatz für globale Nachhaltigkeit

Personelle Unterstützung für Kommunen in Deutschland und im globalen Süden

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit Ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Helge Mehrstens, bis 2019 Fachkraft für die kommunale Partnerschaften zwischen Bremen und dem südafrikanischen Durban, und Kolleginnen der Stadtverwaltung Durban. Gemeinsam planen sie die Neugestaltung von Grünflächen.

Foto: GIZ





Dr. Jens Kreuter
ist Geschäftsführer
der Engagement Global gGmbH –
Service für Entwicklungsinitiativen.

Liebe Leserinnen und Leser,

eine nachhaltigere Zukunft ist das Ergebnis des großen Engagements unzähliger Menschen. In diesem Dossier stellen wir Ihnen einige davon vor. Sie arbeiten in deutschen Gemeinden, Städten oder beim Deutschen Landkreistag als Koordinatorinnen und Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik. Andere sind in Partnerkommunen deutscher Städte und Gemeinden im globalen Süden tätig. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) verschrieben haben.

Wir fördern mit unserer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) Personalstellen zur Koordination und Umsetzung des entwicklungspolitischen Engagements deutscher Kommunen. Zusätzlich vermitteln wir mit dem Programm „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“ (FKPW) zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Fachkräfte in Kommunen im globalen Süden im Rahmen ihrer kommunalen Partnerschaften mit deutschen Städten und Gemeinden.

So tragen wir dazu bei, dass sich in den Kommunalverwaltungen hier in Deutschland und im globalen Süden immer mehr Menschen für eine nachhaltige Entwicklung engagieren können, und ergänzen die Entsendung von Expertinnen und Experten der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit von Bund und Ländern sowie der Zivilgesellschaft.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten, wie das von uns geförderte Engagement auch in Zeiten von Corona Veränderungen hin zu mehr Nachhaltigkeit bewirkt – im brandenburgischen Baruth/Mark, in Trier und Witzenhausen sowie im türkischen Tepebaşı, in Durban, Südafrika, und im indonesischen Jakarta.

Mit besten Grüßen

Ihr Jens Kreuter

- 3 Personelle Unterstützung für kommunale Entwicklungspolitik**
Fachstellen helfen Kommunen in Deutschland und im globalen Süden bei entwicklungspolitischem Engagement
Stefan Wilhelmy, Ulrich Held und Luca Haas
- 6 Koloniales Erbe und die Vision einer nachhaltigen Zukunft**
Witzenhausen verstärkt sein entwicklungspolitisches Engagement
Kolja Braun
- 8 „Irgendjemand muss anfangen – warum nicht Trier?“**
Wie Trier mit seinem Aktionsplan Entwicklungspolitik eine nachhaltig weltbewusste Stadt wird
Lea Horak
- 10 Eine Brücke in die Mongolei**
Baruth/Mark und seine mongolische Partnerkommune setzen die SDGs um
Peter Ilk
- 12 Landkreise: Entwicklungspolitik im ländlichen Raum**
Interview mit Miriam Elsäeßer, Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik beim Deutschen Landkreistag
- 14 Offene Türen für soziale und künstlerische Geschäftsideen**
Ein Gründerzentrum im türkischen Eskişehir-Tepebaşı fördert innovative Start-ups
Susanne Reiff
- 16 Von der Brachfläche zum nachhaltigen Naherholungsgebiet**
Interview mit Zane Abdul, einheimische Fachkraft für die Städtepartnerschaft Bremen-Durban
- 18 Jakarta: als Smart City gegen COVID-19**
Der Berliner Kariem El-Ali plant in Jakarta digitale Lösungen, die auch der Pandemiebekämpfung zugutekommen
Susanne Reiff

Personelle Unterstützung für kommunale Entwicklungspolitik

Fachstellen helfen Kommunen in Deutschland und im globalen Süden bei entwicklungspolitischem Engagement



Foto: Martin Magunia, Bonn

| Stefan Wilhelmy, Ulrich Held und Luca Haas

An guten Ideen mangelt es meist nicht, wenn deutsche Kommunen ihre Verantwortung in der globalisierten Welt stärker wahrnehmen wollen. Eigentlich möchten sie bei der Beschaffung von Dienstkleidung immer auf faire Produktionsweisen achten. Eigentlich wollen sie ihr großes Wissen zum Abwassermanagement an die Partnerkommune im globalen Süden weitergeben. Eigentlich würden sie... Doch für all das brauchen sie zusätzliches Personal.

Kommunen mangelt es oft an Geld und Personal dafür, ein Global Player für nachhaltige Entwicklung zu werden. Die kommunale Ent-

wicklungspolitik ist eine freiwillige Aufgabe und ihr Mehrwert so langfristig, dass er politisch oft nicht als dringlichstes Anliegen gesehen wird. Zu den freiwilligen Aufgaben zählen auch so unmittelbare Anliegen wie die Sport-, Kultur- und Wirtschaftsförderung, die im Rennen um knappe Ressourcen oft die Nase vorne haben.

Dabei sind Kommunen in Deutschland und im globalen Süden prädestiniert für ein global-kommunales Engagement: Sie arbeiten nah an den Bürgerinnen und Bürgern und haben oft engen Kontakt zu engagierten Menschen, zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokal ansässigen Unternehmen. Sie kennen den Bedarf der Menschen vor Ort – von der Gesundheitsversorgung über Bildung bis hin zur lokalen Infrastruktur – und haben viele praktikable und lokal angepasste Lösungen parat. Deshalb sieht die Bundesregierung in Gemeinden, Städten und Landkreisen wichtige Beteiligte an der lokalen und globalen Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Sie unterstützt das ent-

Die Koordinatorinnen und Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik präsentieren die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Für diese Ziele setzen sie sich in ihrer Kommune und gemeinsam mit Partnern im globalen Süden ein.

wicklungspolitische Engagement der Kommunen nicht nur fachlich und finanziell, sondern auch personell.

Das Besondere an den Personalstellen ist, dass sie im In- und Ausland angesiedelt sind. Zum einen bezuschusst Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) Personalstellen in deutschen Kommunen, die ihr entwicklungspolitisches Engagement auf- oder ausbauen wollen. Zum anderen finanziert oder bezuschusst die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Kooperation mit der SKEW Stellen für Fachkräfte der technischen Zusammenarbeit, die lokal in Partnerkommunen im globalen Süden eingesetzt werden.

Personelle Förderung

| Koordination kommunaler Entwicklungspolitik

- Akteure: deutsche Kommunen
- Dauer: Die Förderung läuft für zwei Jahre, die Beantragung eines ebenfalls zweijährigen Folgeprojekts ist möglich.
- Finanzielle Förderung: Das BMZ fördert bis zu 90 Prozent der Gesamtausgaben im Erstprojekt, mindestens zehn Prozent erbringen die Kommunen in Form von Eigenmitteln und/oder Drittmitteln. Bei dem Folgeprojekt werden bis zu 75 Prozent der Gesamtausgaben gefördert.
- Umfang: Bis August 2020 wurden 90 Erst- und 41 Folgeprojekte gefördert.

Weitere Informationen:

<https://skew.engagement-global.de/koordination-kommunaler-entwicklungspolitik.html>

| Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit

- Akteure: Kommunen in Deutschland und im globalen Süden
- Ort: Einsatz in der Partnerkommune im globalen Süden
- Einsatzmodelle: integrierte Fachkräfte, Entwicklungshelferinnen und -helfer und einheimische Fachkräfte
- Dauer: zwei Jahre mit Verlängerungsoption
- Finanzielle Förderung: Die Förderhöhe der Fachkraftstellen ist von der Vertragsform und der Finanzkraft der Partnerkommune im globalen Süden abhängig. Der deutschen Kommune entstehen keine direkten Kosten.

Weitere Informationen:

<https://skew.engagement-global.de/fachkraefte-weltweit.html>

Diese Fachkräfte treiben dort eine nachhaltige Entwicklung voran und stärken die Partnerschaft mit der deutschen Kommune. Die Mittel für die beiden Programme stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Verfügung.

| Koordinatorinnen und Koordinatoren geben entwicklungspolitische Impulse

Seit 2016 haben bereits 90 deutsche kommunale Träger wie Städte und Landkreise die Möglichkeit genutzt, in ihrer Verwaltung für zwei Jahre Koordinatorinnen und Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik – kurz KEpols genannt – einzustellen.

Die Ziele der Kommunen sind dabei sehr unterschiedlich: In Wolfsburg hat die Koordinatorin die Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung etabliert und ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge geschaffen. Der Landkreis Groß-Gerau will mithilfe der Fachkraft partnerschaftliche Handelsbeziehungen fördern, nachhaltige Landwirtschaft voranbringen und damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen Armut leisten. Und in Augsburg bahnt der Koordinator eine kommunale Partnerschaft mit einer Stadt im globalen Süden an. In Städten wie Witzenhausen und Trier ist die Zielsetzung etwas weiter gefasst, die KEpols stoßen zunächst die Erarbeitung von Konzepten für das entwicklungspolitische Engagement und für die lokale Umsetzung der Agenda 2030 an. Wieder andere Kommunen wie Bad Berleburg wollen die interkulturelle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und migrantischen Organisationen stärken.

Allen ist aber eines gemein: Sie wollen mithilfe der KEpols Strukturen schaffen, die es über den Förderzeitraum hinaus ermöglichen, auf kommunaler Ebene entwicklungspolitisch aktiv zu sein. Sie arbeiten an Grundlagen des entwicklungspolitischen Engagements und buchstabieren dies in einer breiten Vielfalt konkreter Maßnahmen aus. Sie wirken in die Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik hinein und kooperieren mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren, um gemeinsam gesellschaftlichen Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung anzustoßen, zu gestalten und erfahrbar

zu machen. Die Beispiele in diesem Dossier zeigen eindrucksvoll, was Kommunen in diesem Feld auf die Beine stellen können, wenn eine Person – hier die KEpols – ihre Kraft ausschließlich darauf verwenden kann.

Die SKEW begleitet diese Arbeit mit Angeboten für Qualifizierung und Vernetzung und fördert den Austausch der KEpols mit anderen lokalen Akteuren unter anderem aus der Entwicklungspolitik.

| Kommunale Entwicklungspolitik: für jeden etwas?

Wer meint, dass Entwicklungspolitik nur etwas für Großstädte mit viel Erfahrung sei, liegt falsch. Etwa ein Viertel der Kommunen mit entwicklungspolitischen KEpols sind kleine oder mittlere Städte und Gemeinden. Einige wie Baruth/Mark in Brandenburg haben nicht einmal 5000 Einwohner.

Manche Kommunen, die sich um eine Koordinationsstelle bemühen, haben schon viel entwicklungspolitische Erfahrung. So wie der Enzkreis: Bereits seit 2011 existiert dort eine Klimapartnerschaft mit dem Masasi District in Tansania. Auch beim Fairen Handel und der Fairen Beschaffung kann dieser Kreis an Erfahrungen etwa aus seiner Bewerbung zur Hauptstadt des Fairen Handels anknüpfen. Andere Kommunen wie Blaustein in der Nähe von Ulm nutzten die Koordinationsstelle, um erste Ansätze kommunaler Entwicklungspolitik strukturierter zu verankern.

Gemessen an der Zahl von über 10.000 Kommunen in Deutschland sind die bislang 90 geförderten Projektstellen nicht viel. Sie schaffen aber Beispiele guter Praxis, die anderen Kommunen als Vorbilder dienen können. Das Interesse ist groß, ein solches Vorbild zu werden: Im Jahr 2018 bewarben sich 61 Kommunen um die Finanzierung von 21 Stellen. Voraussichtlich Ende 2020 startet eine neue Bewerbungsphase.

| Für kommunale Partnerschaften weltweit

Viele der über 430 kommunalen Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in Deutschland und im globalen Süden müssen feststellen: Es braucht viel Zeit und Energie, eine Partnerschaft so aufzustellen, dass



Foto: GIZ

Martin Reuther (2. von rechts) im Mai 2018 im ukrainischen Ushgorod. Er hat dort bis Frühjahr 2020 als Fachkraft für die Partnerschaft mit Darmstadt gearbeitet.

Dann entscheiden die Partner, ob für diese Aufgabe eher europäische Expertinnen und Experten als integrierte Fachkräfte oder Entwicklungshelferinnen und -helfer geeignet sind oder einheimische Fachkräfte aus dem Partnerland im globalen Süden. Das FKPW-Programm finanziert die Stelle entweder komplett oder übernimmt einen Teil der Kosten – je nachdem, welches Fachkräftemodell gewählt wird.

Für Zane Abdul beispielsweise ist sein Einsatz quasi ein Heimspiel; er kommt aus Durban, kennt die dortige Verwaltung gut und arbeitet für die Partnerschaft Bremen-Durban im Bereich Freiraumplanung und Anpassung an den Klimawandel. Der Berliner Kariem El-Ali arbeitete vor seinem Einsatz in Jakarta für die Senatsverwaltung in Berlin und kann sein Wissen über die Berliner Start-up-Szene und seine Erfahrung bei der Berliner Außenhandelsförderung gut in Berlins Partnerstadt einsetzen. Aber gemäß dem Wunsch nach einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe kann auch Berlin von Jakarta lernen. „Neben der Start-up-Förderung arbeite ich in Jakarta viel zu Smart-City-Themen. Und da kann sich Berlin durchaus etwas von seiner asiatischen Partnerstadt abschauen“, sagt Kariem El-Ali. So setzen die Fachkräfte in den Partnerkommunen nicht nur wichtige Projekte in Gang, sondern beleben auch den Austausch mit den deutschen Kommunen. Nicht selten geben sie dabei Impulse für künftige Projekte zum Wohle der Kommunen und der Partnerschaft.

| Auf langfristige Wirkungen ausgelegt

Auch die Einsätze dieser Fachkräfte sind auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Wie die KEpols in deutschen Kommunen wollen auch sie langfristige Strukturen aufbauen und Beispiele zur Nachahmung schaffen. Martin Messner ist das im ukrainischen Charkiw gelungen, wo er für die Partnerschaft mit Nürnberg die Außenwirtschaftsförderung intensivieren sollte. Mit seiner Unterstützung gründete die Stadtverwaltung eine Abteilung für kommunale Wirtschaftsförderung, die langfristig mit personellen und finanziellen Kapazitäten ausgestattet und damit nachhaltig angelegt ist. Auch in Nürnberg ist developmentspolitisch

in den vergangenen Jahren einiges passiert. Dort schafft seit 2017 die developmentpolitische Koordinatorin Karin Gleixner nachhaltige Strukturen, indem sie die Agenda 2030 in der Stadtverwaltung verankert und die kommunale Partnerschaft auf die Basis eines breiten Netzwerks stellt. Damit ergänzt sie perfekt die Arbeit ihres Kollegen Martin Messner in Charkiw.

Ob in Trier oder Tepebaşı, in Düsseldorf oder Durban, in Ludwigsburg oder Lwiw: Die Herausforderungen der Kommunen weltweit sind immens. Wenn sie sich nachhaltig entwickeln wollen, brauchen sie engagierte Menschen, die innovative Ideen vorantreiben. Einige solcher Menschen, die als Koordinatorinnen oder Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik oder als Fachkräfte für kommunale Partnerschaften im globalen Süden arbeiten, berichten auf den nächsten Seiten über ihre Arbeit. | |



Dr. Stefan Wilhelmy
ist Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



Ulrich Held
ist Abteilungsleiter Kommunale Förderung bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



Luca Haas
ist Projektleiterin Koordination kommunaler Entwicklungspolitik bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

man neben dem interkulturellen Austausch auch gemeinsame Projekte zur nachhaltigen Entwicklung durchführen kann. Personelle Engpässe sind ein großes Hindernis. Überwinden lässt es sich durch die Entsendung von Fachkräften in die Partnerkommune im globalen Süden für zwei bis vier Jahre. Ermöglicht wird das durch das Programm „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“ (FKPW), durchgeführt von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH gemeinsam mit der SKEW. Dabei berät und begleitet die SKEW deutsche Kommunen mit entwicklungsbezogenen Partnerschaften. Die GIZ erkundet die Einsatzmöglichkeiten in den Partnerkommunen im globalen Süden und koordiniert und finanziert den dortigen Fachkräfteeinsatz. Gemeinsam begleiten sie die Fachkräfte während der gesamten Projektlaufzeit und fördern deren Austausch untereinander.

| Lokale Lösungen für lokale Probleme

Mitte 2020 waren acht FKPW-Fachkräfte im Einsatz, unter anderem in der Ukraine, in Tansania und in der Türkei. Die kommunalen Partner entscheiden gemeinsam über den thematischen Schwerpunkt ihrer Zusammenarbeit. Das kann etwa die Anpassung an den Klimawandel sein, Abfallmanagement oder die Verbesserung der lokalen Selbstverwaltung – kurz: alle Probleme, mit denen beide Kommunen konfrontiert sind.

Koloniales Erbe und die Vision einer nachhaltigen Zukunft

Witzenhausen verstärkt sein entwicklungspolitisches Engagement



Foto: HNA/Daria Neu

| Kolja Braun

Witzenhausen ist eine geschichtsträchtige Kleinstadt in Nordhessen mit kolonialpolitischer Vergangenheit. Heute will sie sich der globalen Wirkungen ihres Handelns bewusstwerden und Nachhaltigkeit als Leitgedanken verankern. Die Stadtverwaltung hat aber gemerkt: lebendige lokale Entwicklungspolitik „so nebenbei“, das geht nicht.

In Witzenhausen wurde 1899 die Deutsche Kolonialschule für Kolonial- und Tropenlandwirte gegründet. Sie war der Grundstein dafür, dass sich im Laufe der Jahre viele international engagierte landwirtschaftliche Ausbildungsstätten in der Stadt ansiedelten, zum Beispiel das Deutsche Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft (DITSL).

Heute beherbergt Witzenhausen mit seinen 15.000 Einwohnern den Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel mit etwa 1250 Studierenden. Die weltweit einzigartige Ausrichtung auf ökologische Landwirtschaft und entwicklungsorientierte Agrarforschung in den Ländern der Tropen und Subtropen zieht viele internationale Studierende und Fachkräfte an. Das ermöglicht es der Stadtgesellschaft, sich mit diesen Menschen intensiv über entwicklungspolitische Fragen und über deren Herkunftsländer auszutauschen. Entsprechend aktiv ist die Zivilgesellschaft mit diversen Aktionsgruppen, Bildungsinitiativen und viel bürgerlichem Engagement – beste Voraussetzungen für eine lebendige lokale Entwicklungspolitik.

Der Stadtverwaltung fehlten allerdings lange die Kapazitäten, um das Themenfeld strategisch zu bearbeiten, und es gab nur vereinzelte Kooperationen mit entwicklungspoli-

tisch aktiven Gruppen. Einige Mitarbeitende in der Verwaltung, die eigentlich andere Aufgaben hatten, betreuten die Entwicklungspolitik „nebenbei“ mit. Der Bedarf war offensichtlich, die entwicklungspolitisch Engagierten besser zu vernetzen und zu stärken. Die Idee, gemeinschaftlich eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie für Witzenhausen zu entwickeln, nahm erste Formen an. Aber um diese Ziele zu verwirklichen, brauchte es „Kümmerer“ in der Stadtverwaltung.

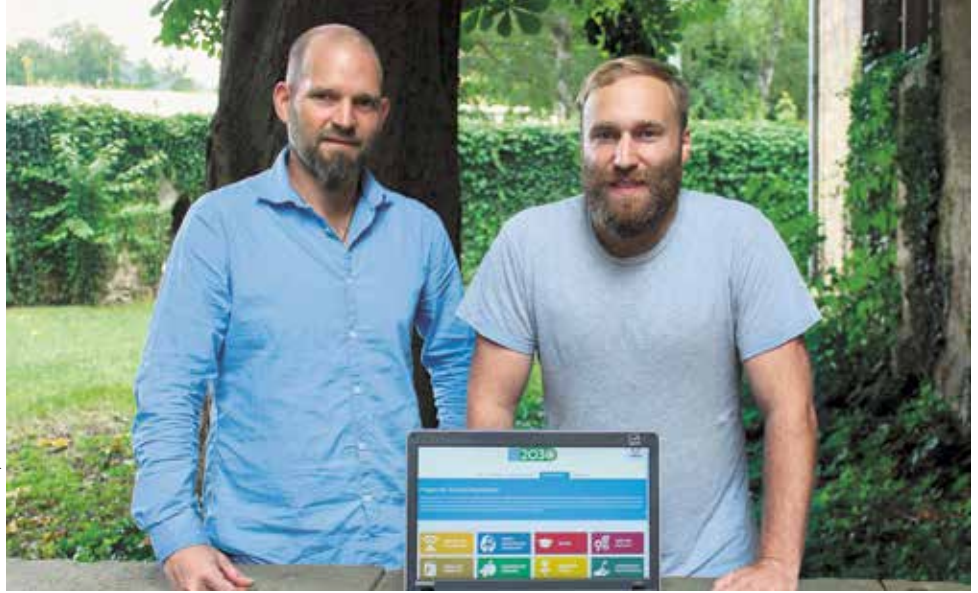
Einer Initiative aus der Stadtverordnetenversammlung schlossen sich schnell viele aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft an: Witzenhausen sollte eine Koordinationsstelle für kommunale Entwicklungspolitik erhalten. Der Antrag Witzenhausens für eine 90-prozentige Bezuschussung der Stelle durch das BMZ überzeugte, sodass im Juni 2018 ein Tandem von zwei Teilzeit-Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik im Rathaus von Witzenhausen an den Start ging.

Erstmals konnte die Kommune nun entwicklungspolitische Themen institutionalisi-

Links: Jugendliche aus Witzenhausen und der ugandischen Partnerstadt Kayunga arbeiten gemeinsam zu Solarenergie.

Rechts: Kolja Braun (links) und Christoph Schösser (rechts), Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik in Witzenhausen, präsentieren die Website www.witzenhausen2030.de.

Foto: lokato24.de/Eva Sorembik



siert bearbeiten, als Schnittstelle das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Zivilgesellschaft besser koordinieren und diese in ihrer Selbstorganisation unterstützen. Mithilfe der Koordinatoren will die Stadtgesellschaft ihr Verständnis für komplexe entwicklungspolitische Zusammenhänge vertiefen, sich der globalen Wirkungen ihres Handelns bewusst werden und Nachhaltigkeit als Leitgedanken verankern. Das gilt für das kommunale Beschaffungswesen genauso wie etwa für die Information der Bürgerinnen und Bürger zu Nachhaltigkeitsthemen, für lokale Energie- und Klimapolitik und die Unterstützung von Handel und Gewerbe. Witzenhausen will nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster fördern und damit eine nachhaltige Lebensweise für alle Bürgerinnen und Bürger alltagstauglich gestalten und insbesondere mit Kayunga in Uganda eine Städtepartnerschaft im Sinne globaler Nachhaltigkeit pflegen.

Die Förderung des BMZ ist auf zwei Jahre beschränkt, mit der Option auf eine zweijährige Verlängerung. Das bedeutet für das Ziel der Koordinationsarbeit: Es muss darum gehen, Strukturen und Arbeitsabläufe in Politik und Verwaltung sowie Netzwerke und Kooperationen zu verstetigen.

| Wie die SDGs erfahrbar werden

Konkrete Projekte machen die lokale Entwicklungspolitik leichter greifbar. Deshalb sind gemeinsame Vorhaben mit Partnern wie dem Städtepartnerschaftsverein oder Studierenden aus dem globalen Süden besonders wichtig. So wollen etwa Witzenhausen und dessen ugandische Partnerstadt Kayunga mit solarbetriebenen Laternen die dortigen Straßen heller und damit sicherer machen. Öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Akteure haben sich zusammengesetzt, um Witzenhausen als Global Nachhaltige Kommune, Fairtrade-Town, Bio-Stadt, hessische Klimakommune und Hauptstadt des Fairen Handels zu etablieren. Auch mit der Koordinationsstelle Migration, die die Integration von Geflüchteten aus dem globalen Süden in die Witzenhäuser Gesellschaft fördert, hat sich eine enge Zusammenarbeit entwickelt. Beim „Weekend for Tolerance“, bei der interkulturellen Woche und bei gemeinsamen Sprech-

stunden zur Migration zeigt sich immer wieder, wie eng die Themen Migration und Entwicklung zusammenhängen.

Wer Entwicklungspolitik in eine Stadtgesellschaft bringen will, muss wissen, wovon er spricht. Eigene Erfahrungen im globalen Süden helfen dabei, die Stadtgesellschaft für ein Engagement für eine global nachhaltige Gesellschaft zu begeistern. Ein Freiwilligendienst mit Straßenkindern in Côte d'Ivoire, längere Arbeitsaufenthalte in Westafrika zu landwirtschaftlicher Erzeugung und Expertise in der Zertifizierung von Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards – wenn man als Koordinator für Entwicklungspolitik solche Erfahrungen teilen kann, ist das ein großer Pluspunkt und macht die SDGs lebendig.

| Nachhaltigkeit wird Wirklichkeit

Seit Ende 2018 sorgt ein Agenda-2030-Lenkungsgremium dafür, dass Witzenhausen die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung konsequenter umsetzt. Der Bürgermeister, alle Fachbereichsleitungen sowie Mitarbeitende aus Bereichen wie Jugendpflege, Kindergärten, Gleichstellung, Integration, Stadtentwicklung, Stadtmarketing, Datenschutz und Stadtnetze arbeiten dort gemeinsam daran, die Agenda 2030 mit Leben zu füllen. Mit Erfolg: Die Verwaltung berücksichtigt Nachhaltigkeitsaspekte inzwischen viel stärker in ihrem Arbeitsalltag. Derzeit erarbeitet sie eine Nachhaltigkeitsbewertung für alle Beschlussvorlagen. Und die Koordinatoren stellen als „entwicklungspolitische Nachhaltigkeitsberater“ sicher, dass entwicklungspolitische Aspekte bei allen Vorhaben der Kommune von Anfang an mitgedacht werden.

Im selben Jahr startete die Stadt den breit angelegten Mitgestaltungsprozess „Witzenhausen2030 – gemeinsam für eine zukunftsfähige Kommune“ und reagierte damit auf den Wunsch der Witzenhäuser Bürgerschaft, sich stärker an der lokalen Entwicklungspolitik zu beteiligen. Während des Zukunftsforums Witzenhausen2030 im September 2019

erarbeiteten etwa 220 Teilnehmende aus Kommunalpolitik, Stadtverwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft eine erste öffentliche Bestandsaufnahme: Wo steht Witzenhausen hinsichtlich der acht lokalen Handlungsfelder für nachhaltige Entwicklung 1) Globale Verantwortung und Eine Welt, 2) Landwirtschaft und Naturschutz, 3) Bildung, 4) Umwelt und Energie, 5) Konsum und Lebensstile, 6) Arbeit und Wirtschaft, 7) Mobilität und Infrastruktur sowie 8) Gesundheit und Ernährung? Seither entwerfen in wöchentlichen Projektwerkstätten rund 50 Personen Ideen für Ziele und Projektskizzen für eine nachhaltige Entwicklung Witzenhausens in diesen Handlungsfeldern.

| Kommunale Entwicklungspolitik – eine Daueraufgabe

Zwei Teilzeit-Koordinatoren können nicht alle Fäden für die inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit mit sämtlichen entwicklungspolitischen Akteuren in der Stadt zusammenhalten. Als offizielle Anlaufstelle bei der Kommune können sie aber die Entwicklungspolitik immer wieder auf Tagesordnungen setzen und die Verantwortung der Stadtgesellschaft für eine nachhaltige Zukunft in Erinnerung bringen – zum Beispiel mit großen Tafeln mit den 17 SDGs auf den Straßen Witzenhausens, denn in der Breite ist das Thema Nachhaltigkeit in der Kommunalpolitik längst noch nicht angekommen. | |



Kolja Braun

ist Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik in Witzenhausen.

„Irgendjemand muss anfangen – warum nicht Trier?“

Wie Trier mit seinem Aktionsplan Entwicklungspolitik eine nachhaltig weltbewusste Stadt wird



Foto: Presseamt Trier

Öffentliche Wassersprudler wie diesen verdanken die Trierer dem Aktionsplan Entwicklungspolitik.

| Lea Horak

„Die Regierungen können unsere Welt nicht allein retten. Es braucht die Menschen vor Ort und es braucht die Kommunen, um Veränderungen möglich zu machen“, so die Überzeugung von Triers Oberbürgermeister Wolfram Leibe, ganz im Sinne der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Davon geleitet ist auch der „Trierer Aktionsplan Entwicklungspolitik“. Erstellt haben ihn zahlreiche Institutionen und Gruppen in dieser ältesten Stadt Deutschlands.

In Trier ist das Thema Nachhaltigkeit seit mehr als 20 Jahren fest verankert. Vereine und Institutionen setzen sich für den fairen Handel und nachhaltigen Konsum, für Umweltschutz und internationale Gerechtigkeit ein. Immer mit dabei: der Verein Lokale Agenda 21 – kurz LA21 –, der das abstrakte Thema Nachhaltigkeit im Reparaturcafé, in der Arbeitsgemeinschaft öko-soziale Beschaffung und über das Zukunftsdiplom für Jung und Alt erlebbar macht. Und so war es dann auch die LA21, die die Stadtverwaltung im November 2016 in einer von mehr als 1500 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichneten Petition aufforderte, eine kommunale Strategie zur Umsetzung der Agenda 2030 zu erstellen.

„Irgendjemand muss anfangen. Und warum sollten das nicht wir sein?“ So reagierte Oberbürgermeister Wolfram Leibe auf die Initiative. Für Trier war der Anfang, im Frühjahr 2017 die erste Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik in Rheinland-Pfalz einzustellen, gefördert von der SKEW und mit finanzieller Unterstützung des BMZ. Sie sollte die Stadt auf eine zweijährige Reise mitnehmen. Das Ziel: den in Deutschland wohl ersten Aktionsplan Entwicklungspolitik zur kommunalen Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu erstellen.

| Der Aktionsplan als Gemeinschaftsprojekt

Zum offiziellen Startschuss auf dem Weg zu einem Aktionsplan lud der Oberbürgermeis-

Auf einen Schnack mit der Koordinatorin Lea Horak

Von Hamburg nach Trier, von der NGO in die Stadtverwaltung. Wie ist es dazu gekommen?

In meiner Zeit bei einer Umweltschutzorganisation habe ich mich gemeinsam mit unseren Partnern in Peru, Indonesien und Nigeria für faire Wirtschaftsbeziehungen eingesetzt. Dabei wurde mir klar, wie unser lokales Handeln uns mit Menschen auf der ganzen Welt verknüpft und wie wir uns hier vor Ort für mehr Umweltgerechtigkeit weltweit stark machen können. Den Kontakt zur Politik und zu Verwaltungen hatte ich zu diesem Zeitpunkt insbesondere über Petitionen und im Rahmen von Protestaktionen; mit unseren Partnern aus dem globalen Süden demonstrierte ich vor dem Kanzleramt und übergab gemeinsame Petitionen an Politik und Verwaltung in Deutschland und der Welt. Trier war mir zu diesem Zeitpunkt als Fairtrade-Town und als sehr aktive Stadt im Bereich der Nachhaltigkeit bekannt. Dann bot sich die Möglichkeit, Teil dieser lebendigen Stadt zu werden und als Koordinatorin deren nachhaltige Zukunft aus der Verwaltung heraus mitzugestalten.

Was machte die Erstellung des „Trierer Aktionsplan Entwicklungspolitik“ so erfolgreich?

Der Aktionsplan ist ein Gemeinschaftsprojekt von mehreren hundert Akteuren aus Schulen, Kirchen, Wirt-

schaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Menschen, die sich bereits Jahrzehnte für Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik engagiert hatten, trafen in den Arbeitsgruppen auf neugierige Neulinge – gemeinsam haben sie bereits bestehende Ideen und Konzepte zusammengeführt, kritisch hinterfragt und weiterentwickelt.

Wir haben viele Menschen über ganz unterschiedliche Kanäle, zum Beispiel über die Presse, die Rathauszeitung, bei Festen und mit unserer Online-Beteiligungsplattform erreicht. Auch unser Partner, die Lokale Agenda 21, rührte kräftig die Werbetrommel und mobilisierte viele Menschen. Wir brauchten und wollten das Rad nicht neu erfinden, sondern knüpften an bestehende Strukturen an.

Ganz wichtig war die breite Unterstützung in allen Bereichen der Verwaltung und dass die Politik den gesamten Aktionsplan-Prozess begleitete. Mitglieder aller Stadtratsfraktionen waren eingeladen, an der Erstellung des Aktionsplans in einer Lenkungsgruppe mitzuwirken. Wie man in Trier sagt: „Wir haben alle mitgeholt“.

Susanne Reiff

ter rund 140 Bürgerinnen und Bürger ein, erste Visionen für ein faires und nachhaltiges Trier zu entwerfen. In den nächsten Monaten entwickelten etwa 80 Akteure in 13 Arbeitsgruppensitzungen Ziele und Maßnahmen und erstellten einen Fahrplan für die nächsten fünf Jahre. Sie griffen bereits vorhandene Ideen und Konzepte auf und entwickelten sie weiter; Akteure vernetzten sich und Schnittmengen wurden sichtbar. „In den offenen Arbeitsgruppen wurden all die Ideen und Aktionen der Institutionen und Gruppen zusammengeführt“, beschreibt Sophie Lungershausen, Geschäftsführerin der LA21, den gemeinsamen Prozess. Und immer wieder wagten Beteiligte aus Politik, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger einen kritischen Blick und stellten den Status quo in Frage. „Es wurden Denkprozesse in Gang gesetzt und Dinge hinterfragt, bei denen es zuvor oftmals hieß: Das haben wir schon immer so gemacht“, erinnert sich Wolfram Leibe.

Die intensive Berichterstattung in der regionalen Presse und in der Trierer Rathauszeitung erreichte viele Menschen. Zudem waren alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, ihre Ideen offline in den Arbeitsgruppen und bei Festen sowie online über die Beteiligungsplattform www.trier-mitgestalten.de einzubringen. Viele nahmen die Einladung zur digitalen Partizipation an, so dass über 30.000 Bewertungen von Vorschlägen und mehr als hundert neue Vorschläge und Kommentare auf dem Online-Portal eingingen und in die Arbeit der Arbeitsgruppen einfließen. Zwei Online-Anregungen griff die Verwaltung direkt auf: Für ihre Azubis gibt es jedes Jahr einen Fairtrade-Workshop und Give-aways der Stadt – kleine Präsente wie Samentütchen für regionale Bienenweiden, Fairtrade-Taschen oder Holzkulis – sind nachhaltig produziert und gehandelt.

| 193 Maßnahmen für ein nachhaltiges Trier

Nach gut zwei Jahren war es dann endlich so weit: Der Stadtrat beriet Anfang 2019 über die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und brachte die Umsetzung des „Trierer Aktionsplans Entwicklungspolitik“ einstimmig auf

den Weg. Der Plan umfasst in den vier Themenfeldern „fair“, „international“, „engagiert“ sowie „umwelt- und klimafreundlich“ 193 konkrete Maßnahmen. Dazu gehört unter anderem, dass die Stadtverwaltung ihren Papierverbrauch reduziert und ein Konzept für nachhaltige Veranstaltungen erstellt. Zudem enthält der Katalog Bildungsangebote und die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Städtepartnerschaften.

So wie die Erstellung des Aktionsplans von einem breiten Bündnis getragen wurde, so übernehmen heute zahlreiche Institutionen und Gruppen die Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen. Die Hochschulen,

Kammern, Krankenhäuser, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Diakonie, Einzelhändler, Kaffee-Röster und viele andere haben den Plan fest in ihren jeweiligen Strukturen verankert und setzen ihn als Gemeinschaftsprojekt um. Ein „Runder Tisch Entwicklungspolitik“ aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft begleitet sie als Multiplikator und Unterstützer auf diesem Weg. Die Stadtverwaltung berichtet gegenüber dem Stadtrat jährlich in einem Zwischenbericht über die Verwirklichung der 193 Maßnahmen. Übrigens wurden 60 Prozent von ihnen bereits umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung. Da zahlt es sich aus, dass Trier früh angefangen hat, Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik ernst zu nehmen. Denn einer muss ja anfangen. | |



Lea Horak

war bis Juli 2020 Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik in Trier.

Eine Brücke in die Mongolei

Baruth/Mark und seine mongolische Partnerkommune setzen die SDGs um

| Peter Ilk

Wasser und Holz – darum ging es in zwei großen Projekten der beiden Gemeinden Baruth/Mark in Brandenburg und Murun im Norden der Mongolei. Die intensive Zusammenarbeit hat sich gelohnt, doch Baruth stieß dabei auch an seine personellen Grenzen. Eine Koordinatorenstelle schafft seit 2018 Abhilfe und unterstützt die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs).

Im Jahr 2011 besuchte Khaltar Byamba die archäologischen Ausgrabungen im Alten Schloss Baruth/Mark. Er war damals Bürgermeister von Murun, einer Stadt in der Mongolei, in der rund 45.000 Menschen leben. Schnell bemerkte er Ähnlichkeiten zwischen den beiden Orten: Wie Murun liegt auch Baruth/Mark, eine 4600 Einwohnerinnen und Einwohner zählende Flächengemeinde, die von nachhaltiger Holzwirtschaft und einer großen Mineralwasserquelle geprägt ist, in einer dünn besiedelten Region. Schnell kam die Idee auf, gemeinsam zu den Themen

Holz, Wasser und ländliche Räume zu arbeiten. Sie wurde Wirklichkeit. Heute verbindet die beiden Städte eine zukunftsweisende Partnerschaft.

Mitarbeiter des städtischen Eigenbetriebs von Baruth/Mark reisten 2016 in die mongolische Partnerstadt, um ihre dortigen Kollegen darin zu schulen, wie sie Gaswarngeräte nutzen können, um Arbeiten an Abwasserkanälen sicherer zu machen. Bei dieser Reise hatten sie auch eine in Kassel entwickelte Innovation im Gepäck: den Wasserrucksack „Paul“. Paul steht für „Portable Aqua Unit for Lifesaving“ und ist ein handlicher Wasserfilter. In mehreren Schulen und Kitas lässt sich heute mithilfe von Paul einfach, schnell und günstig aus Brauchwasser Trinkwasser gewinnen

Von 2017 an ging es um Holz: In Murun entstand ein kommunales Weiterbildungszentrum für Handwerk, Nachhaltigkeit und Ökologie in nachhaltiger Holzbauweise. Während der Bauphase schulten deutsche Fachleute ihre mongolischen Kollegen im nachhaltigen Bauen, das nicht nur in Murun, sondern in der gesamten Mongolei auf großes Interesse stieß.

| Ein Koordinator für Baruths Entwicklungspolitik

Die beiden Projekte mit Murun waren ein großer Erfolg. Baruth geriet jedoch mit dieser intensiven Zusammenarbeit an seine personellen Grenzen. Nicht nur die kommunale Partnerschaft, auch die Umsetzung der Agenda 2030 in der Gemeinde selbst erforderte immer mehr zeitliche Ressourcen. Daher bewarb sich die Kommune 2017 erfolgreich um eine finanzielle Förderung im Rahmen des Programms „Koordination kommunale Entwicklungspolitik“ der SKEW. Die Stadtverwaltung suchte für die Koordinatorenstelle nach einer Person, die etwas von nachhaltiger Entwicklung versteht und weiß, wie eine Kommune funktioniert. Baruth/Mark hatte großes Glück, mit Karsten Wittke so jemanden zu finden.

Die kommunale Partnerschaft mit Murun, ein Bürgerdialog zur Nachhaltigkeit und die lokale Umsetzung der SDGs – dies sind „seine“ Themen als Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik in Baruth/Mark.

In puncto Nachhaltigkeit, die er immer mit einem entwicklungspolitischen Blick betrachtet, beginnt er nicht bei null. Die Stadt hatte sich dem Thema schon länger verschrieben. Mitte September 2020 finden be-

„Und wozu sind die SDGs gut?“

Ideen für gute Antworten auf diese Frage liefert die Stadt Murun in der Mongolei. Karsten Wittke bringt sie als Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik ins brandenburgische Baruth/Mark.

Zum ersten Mal bin ich 2015 als Stadtverordneter von Baruth/Mark mit einer deutschen Delegation nach Murun gereist. Ich war sofort fasziniert von der Lebenswürdigkeit und Gastfreundschaft der Menschen und der großartigen Landschaft mit ihrer Weite und Unberührtheit.

Ein Schlüsselerlebnis in Murun war ein SDG-Workshop in der Muruner Verwaltung im Jahr 2018. Dort wollte ich erklären, was die SDGs sind, so wie ich es in Baruth gewohnt war. Aber alle Teilnehmenden

aus der Verwaltung und Provinzregierung kannten die 17 Ziele bereits. Wir konnten dann auf dieser Basis zum Beispiel Aktivitäten zum Umgang mit Abfall in Murun SDG 12 (Nachhaltiger Konsum) zuordnen sowie das deutsche duale Ausbildungssystem im Vergleich zu der mongolischen Praxis dem SDG 4. So war es möglich, sich gut strukturiert über die Umsetzung der Agenda 2030 zu beraten.

In Baruth muss ich viel für die Agenda 2030 und die 17 Nachhaltigkeitsziele werben. Sie sind als visionäres und gleichzeitig gegenwärtiges Werkzeug und Programm noch viel zu unbekannt. Dies war und ist die größte Herausforderung in meiner täglichen Arbeit: Wie mache ich die Ziele bekannt, wie kommuniziere ich die Inhalte?

Und welche Antworten finde ich auf die Frage: „Und wozu ist das gut?“, die alle Bürgerinnen und Bürger überzeugen?

Zur kommunalen Entwicklungspolitik bin ich über Umwege gekommen. Ich bin Künstler und zog vor 20 Jahren aus Berlin-Kreuzberg nach Baruth/Mark. Neben der Arbeit im Atelier haben mich der ländliche Raum, die Herausforderungen der Transformationsgesellschaft sowie nachhaltige Lebensweisen interessiert. Das Engagement in der Mongolei ist eine konsequente Weiterführung davon. Von 2015 bis 2018 war ich Stadtverordneter in Baruth/Mark und absolvierte dabei meine „Lehre“ in kommunaler Politik.

Karsten Wittke ist Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik in Baruth/Mark.

Foto: Bildarchiv der Stadt Baruth /Mark



reits die 5. Baruther Schlossgespräche zur Nachhaltigkeit statt. Als zweite Kommune in Brandenburg zeichneten die Stadt und ihre Stadtverordneten im Mai 2019 die „Musterresolution 2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung“.

| Mehrwegbecher statt Plastikmüll

Seit Ende 2018 greift der Bürgerdialog Nachhaltigkeit in Baruth/Mark Themen auf, die mit Nachhaltigkeit und dem Leben im ländlichen Raum verbunden sind. Zum SDG 12, das einen nachhaltigen Konsum fordert, fiel den Teilnehmenden des Bürgerdialogs auf, dass bei jeder größeren Veranstaltung in der Stadt Unmengen an Plastikmüll zusammenkamen.

Getränke wurden selbstverständlich aus Einwegbechern ausgeschenkt und Tausende Becher landeten im Müll.

Die Lösung: Mehrwegbecher für die ganze Stadt. Vereine und Bildungseinrichtungen können sie bei Koordinator Karsten Wittke kostenlos ausleihen. Beim 120-jährigen Jubiläum der Feuerwehr im August 2019 kamen die 2000 Becher erstmals zum Einsatz und werden seitdem gut angenommen. Der Aufdruck „Global Nachhaltige Kommune Baruth/Mark“ und die bunten Symbolen der 17 Nachhaltigkeitsziele erinnern die Barutherinnen und Baruther daran, dass sie selbst mit

„KEpols vernetzten sich“ in Zeiten von COVID-19

Auch für die Koordinatoren und Koordinatorinnen für kommunale Entwicklungspolitik (KEpols) haben sich seit Beginn der COVID-19-Pandemie die Arbeitsbedingungen in unvorhersehbarer Weise verändert. Homeoffice und Videokonferenzen ersetzen auf unbestimmte Zeit Reisen zu Partnern im globalen Süden oder Runde Tische zu entwicklungspolitischen Themen in den Stadtverwaltungen. Kommunale Prioritäten verschieben sich, ursprünglich geplante Aktivitäten müssen der neuen Situation angepasst, formale und rechtliche Bedingungen jedoch weiter eingehalten werden.

Daher hat Karsten Wittke, KEPol der Stadt Baruth/Mark, eine neue digitale Vernet-

zung angestoßen. In Abstimmung mit der SKEW versammelte er fast alle seiner rund 80 Kolleginnen und Kollegen zu einem ersten bundesweiten digitalen Treffen auf Arbeitsebene. Daraus ist die Initiative „KEpols vernetzen sich“ entstanden. In digitalen Arbeitsgruppen tauschen sich die KEpols nun regelmäßig zu unterschiedlichen organisatorischen und inhaltlichen Themen im Kontext von COVID-19 und teilweise auch darüber hinaus aus. Zum Beispiel sammeln sie aktuell Best-Practice-Beispiele zu entwicklungspolitischer Bildungsarbeit in Krisenzeiten, Partnerschaftsarbeit während der Pandemie sowie zu den Chancen einer nachhaltigen Digitalisierung und stehen dazu im Austausch mit der SKEW.

Foto: Bildarchiv der Stadt Baruth /Mark



Links: Partnerschaft in Zeiten von Corona: Zu Beginn der Covid-19-Pandemie erhielt Baruth/Mark Schutzmasken von seiner Partnerkommune Murun.

Unten: Gemeinsames Bauprojekt: das kommunale Weiterbildungszentrum für Handwerk, Nachhaltigkeit und Ökologie in Murun.

kleinen Verbesserungen große Wirkung haben können und ihr lokales Handeln vielfach globale Zusammenhänge hat.

Letztendlich liegt es an den Kommunen, wie Nachhaltigkeit vor Ort möglich wird. Inmitten der COVID-19-Pandemie und des Klimawandels, der mit einem dritten trockenen Jahr in Brandenburg absehbar für dramatische Schäden in der Forst- und Landwirtschaft führt, sind die Forderungen der Agenda 2030 so dringend wie nie zuvor. Kommunen könnten in diesem Szenario eine noch bedeutendere Funktion übernehmen als bisher angenommen. Hier werden Gewerbegebiete entwickelt, Bürger- und Gemeinssinn gepflegt und öffentlich Bauaufträge vergeben. Nachhaltige Kommunen könnten sich hier robuster aufstellen, wenn sie über die notwendigen Mittel und das Personal für nachhaltiges Handeln verfügen. Dazu müsste allerdings Nachhaltigkeit den gleichen Stellenwert wie die Daseinsvorsorge bekommen und zur kommunalen Pflichtaufgabe werden.



Peter Illk
ist Bürgermeister von Baruth/Mark.

Landkreise: Entwicklungspolitik im ländlichen Raum

Interview mit Miriam Elsaesser, Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik beim Deutschen Landkreistag

Deutsche Landkreise sind als entwicklungs-
politische Akteure bisher eher unbekannt.
Welche Situation haben Sie vorgefunden,
als Sie 2018 Ihre Arbeit als Koordinatorin für
kommunale Entwicklungspolitik beim Deut-
schen Landkreistag begannen?

Miriam Elsaesser: Entwicklungspolitisches
Engagement wird in der öffentlichen Wahr-
nehmung meist Großstädten zugeschrieben.
Denken Sie nur an den Begriff „Städte-
partnerschaften“ für jegliche Kooperation
zwischen Kommunen aus unterschiedlichen
Ländern. Dabei setzen sich natürlich auch
Landkreise im Rahmen ihrer kommunalen
Selbstverwaltung für eine global nachhaltige
Zukunft ein.

Mit dem vermehrten Zuzug von Geflüch-
teten nach Deutschland ist die Aufnahme,
Unterbringung und Integration dieser
Menschen mehr in den Fokus der Landkreise
gerückt. Die Landkreise und der Deutsche
Landkreistag überlegen vermehrt, wie sich
die Ursachen von Flucht und Vertreibung
bekämpfen lassen, zum Beispiel indem die
Lebensbedingungen in den Herkunftslän-
dern der Geflüchteten verbessert werden.
Damit sind die Landkreise endgültig mitten
in der Entwicklungspolitik angelangt.

Ihr entwicklungs-
politisches Engagement
ist sehr vielfältig. So verpflichten sie sich zu
einem fairen Beschaffungswesen, betreiben
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und
beteiligen Migrantinnen und Migranten an

Der Deutsche Landkreistag

Der Deutsche Landkreistag ist der Zu-
sammenschluss der 294 deutschen Land-
kreise auf Bundesebene. Thematisch
befasst sich der kommunale Spitzenver-
band mit den Aufgaben der Landkreise
– von der kommunalen Daseinsvorsorge,
dem weiterführenden Schul- und Berufs-
schulwesen, der Wirtschaftsförderung,
über das Gesundheitswesen bis hin zu
Fragen der Verwaltungsmodernisierung
und des öffentlichen Dienstrechts.



Foto: Weithungerrhilfe

ihren Aktivitäten. Mit Kommunen im glo-
balen Süden arbeiten sie sowohl in zeitlich
begrenzten Projektpartnerschaften sowie
in langfristigen Nord-Süd-Partnerschaften
zusammen. Dabei widmen sie sich vor allem
Themen, für die sie auch in Deutschland
zuständig sind, zum Beispiel dem Abfall-
management. Schließlich verfügen sie
hierzu über viel Wissen und Erfahrungen,
wovon die Partner profitieren können. Das
zeigen etwa die Klimapartnerschaften des
Rhein-Pfalz-Kreises mit der Stadt La Fortuna
in Costa Rica und des Enzkreises mit dem
Masasi-Distrikt in Tansania. In Costa Rica
haben die Partner einen Wertstoffhof gebaut
und in Tansania wurden mehrere Gesund-
heitszentren mit Solarsystemen für eine
nachhaltige und stabile Stromversorgung
ausgestattet.

Wie unterstützen Sie die Landkreise in diesem
für sie relativ neuen Arbeitsfeld?

Viele Landkreise sind motiviert, sich ent-
wicklungspolitisch zu engagieren. Dann sind
Informationen zu Förderprogrammen und

der Austausch über Erfahrungen aus ande-
ren Landkreisen sehr hilfreich: Wie kann
ein Landkreis ein entwicklungs-
politisches Projekt angehen? Welche Fördermöglich-
keiten gibt es? Welche Ideen und Ansätze haben
sich in der Praxis bewährt? Welche anderen
Landkreise können wertvolle Tipps geben?
Als Koordinatorin für kommunale Entwick-
lungspolitik informiere ich die Landkreise
über diese Themen und stelle erfolgreiche
Beispiele aus den Landkreisen vor. Einige
Landkreise pflegen bereits jahrzehntelange
Verbindungen und Partnerschaften zu Kom-
munen im globalen Süden, wie der Kreis
Groß-Gerau mit der nicaraguanischen Ge-
meinde Masatepe. Von deren Erfahrungen
können auch andere Landkreise profitieren.
Eine ganze Reihe von Beispielen aus Land-
kreisen, auch zum Engagement in der eige-
nen Kommune im Bereich der nachhaltigen
Beschaffung, haben wir in der Broschüre
„Landkreise gestalten kommunale Entwick-
lungspolitik“ zusammengefasst. Ich bin also
eine typische Multiplikatorin und bilde eine

Links: Schülerinnen in Kunkhongo, Malawi. Im Rahmen der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ ist dort eine Schule gebaut worden.

Schnittstelle zwischen der Entwicklungszusammenarbeit des BMZ und der SKEW auf Bundesebene und den Landkreisen. Ich bündele die Bedürfnisse der Landkreise und kommuniziere sie an die Bundesebene.

Seit 2019 tauschen sich die Landkreise im Arbeitskreis Kommunale Entwicklungspolitik beim Deutschen Landkreistag über ihre Aktivitäten aus. Ein wiederkehrendes Thema ist der Abbau von Bürokratie bei der Abrechnung und Nachweisführung von Förderprogrammen. Zudem sind wir der Meinung, dass kommunale Projekte stärker in die entwicklungspolitischen Aktivitäten auf Landes-, Bundes und internationaler

Foto: Deutscher Landkreistag



Ebene eingebettet werden müssen, um die Kapazitäten möglichst sinnvoll zu nutzen. Hierfür wäre ein Gesamtkonzept für die Maßnahmen all dieser Ebenen notwendig.

Weil viele Landkreise mit der Entwicklungspolitik Neuland betreten, können sie in Seminaren die Grundlagen und Einstiegsmöglichkeiten in ein entwicklungspolitisches Engagement kennenlernen. Diese Veranstaltungen richten wir gemeinsam mit den Landkreistagen in den Ländern und mit Unterstützung der SKEW aus. Wir konzipieren sie speziell für Landkreise, denn auch wenn diese mit Städten und Gemeinden unter dem Oberbegriff Kommune zusammengefasst sind, haben sie doch eigene Strukturen. So lassen sich Anregungen aus Großstädten oft nicht auf ihre Situation übertragen.

Wie geht es weiter?

Die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, dass Landkreise in der kommunalen Entwicklungspolitik viel bewegen können. Entwicklungspolitisch aktive Landkreise sind heute gut vernetzt und profitieren vom Austausch mit Kolleginnen und Kollegen und von deren Erfahrungen. Es ist uns auch gelungen, weitere Landkreise für ein entwicklungspolitisches Engagement zu begeistern. Nun geht es darum, diese Arbeit innerhalb des Deutschen Landkreistages und in den Landkreisen zu verstetigen, denn in zwei Jahren läuft die finanzielle Förderung des BMZ aus.

Wir möchten den ländlichen Raum verstärkt in den Mittelpunkt der Entwicklungspolitik

Miriam Elsaesser unterstützt den Deutschen Landkreistag bei der Förderung des Engagements deutscher Landkreise im Bereich Entwicklungspolitik.

rücken. Schließlich ist eine zentrale Aufgabe des Deutschen Landkreistages, die Interessen des ländlichen Raumes in Deutschland zu vertreten und gleichwertige Lebens-, Versorgungs-, Arbeits- und Entwicklungsbedingungen im Vergleich mit den Städten herzustellen beziehungsweise zu sichern. Diese Themen spielen auch in Entwicklungs- und Schwellenländern eine bedeutende Rolle, und die Landkreise greifen sie in ihren internationalen Partnerschaften auf. Denn je lebenswerter der ländliche Raum im globalen Süden gestaltet ist, desto weniger Menschen werden gezwungen sein, in die Slums der Großstädte abzuwandern. Ich denke daher, dass alle entwicklungspolitischen Akteure auch dieses Themenfeld in den Blick nehmen sollten.

Wie beeinflusst die COVID-19-Pandemie die Entwicklungspolitik der Landkreise?

Die Corona-Krise trifft auch die kommunale Entwicklungspolitik. Die Landkreise sind stark mit der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in Deutschland beschäftigt, zum Beispiel mit der Nachverfolgung der Kontakte von Infizierten. Dafür werden auch Mitarbeitende aus anderen Bereichen der Verwaltung abgezogen, auch diejenigen, die sich mit kommunaler Entwicklungspolitik befassen. Wenige Landkreise verfügen über ein eigenes Referat für das Querschnittsthema Entwicklungspolitik. Da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, muss diese nun teilweise vorläufig zurückstecken. Landkreise, die Fördermittel für bestimmte Projekte erhalten, setzen diese aber natürlich, soweit die äußere Situation es zulässt, weiterhin um.

Allerdings mussten viele Veranstaltungen in den vergangenen Monaten ausfallen, Reisen in die Partnerländer im globalen Süden wurden abgesagt. Auch dort gibt es zahlreiche Einschränkungen – und bereits jetzt Überlegungen, wie Landkreise ihre Partnerkommunen im globalen Süden bei der Bewältigung der Pandemie unterstützen können. | |

Das Interview führte
Dr. Susanne Reiff, freie Redakteurin.

„1000 Schulen für unsere Welt“

Wenn Kommunen beginnen, sich entwicklungspolitisch zu engagieren, sollte der Einstieg möglichst niedrigschwellig und der Erfolg gut und schnell sichtbar sein. Einen guten Start bietet seit 2018 die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“, ein Gemeinschaftsprojekt des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Deutsche Kommunen, die sich an der Initiative beteiligen, rufen zu Spenden auf, um gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie mit der örtlichen Wirtschaft Schulen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu bauen. Damit wollen sie neue Bildungsperspektiven vor Ort schaffen und Fluchtursachen bekämpfen. Erfahrene Organisationen aus dem globalen Süden und von hier setzen den Schulbau vor Ort um und kümmern sich meist auch um die Spendenabwicklung. Die Kommunen können sich so vollständig darauf konzentrieren, Spenden einzuwerben und den Schulbau inhaltlich zu begleiten, etwa mit entwicklungspolitischen Bildungsprojekten in der eigenen Kommune. Nach gut einem Jahr konnten die Kommunen bereits über 100 Schulbauprojekte anstoßen.

Offene Türen für soziale und künstlerische Geschäftsideen

Ein Gründerzentrum im türkischen Eskişehir-Tepebaşı fördert innovative Start-ups



Foto: SKEW / Martin Magunia



Foto: Eskişehir Tepebaşı Belediyesi

| Susanne Reiff

Ezgi Gedik-Güneş kommt aus der türkischen Stadt Eskişehir, studierte unter anderem in den USA, reiste viel und war unzählige Male in Deutschland. Heute lebt sie wieder in Eskişehir und koordiniert ein Gründerzentrum für Uni-Absolventinnen und -Absolventen sowie für Geflüchtete. Bei dieser Aufgabe steht Gedik-Güneş ein verlässlicher Partner zur Seite: der Berliner Bezirk Treptow-Köpenick.

Ein zweistöckiges Haus in der İsmet İnönü-Straße in Tepebaşı, einem von zwei Bezirken von Eskişehir etwa 300 Kilometer westlich von Ankara. Außen bunte große Fensterscheiben, innen ein großer Raum mit Schreibtischen, an denen einige junge Leute arbeiten; an einem Flipchart in der Ecke diskutieren einige Frauen. Hier, im Gründerzentrum für Sozial- und Kreativwirtschaft, entstehen innovative Start-ups, soziale Initiativen und nichtstaatliche Organisationen. Wer eine soziale oder künstlerische unternehmerische

Idee hat, kann in diese in der Region einzigartige Einrichtung kommen und wird hier intensiv beraten: Ist das Geschäftsmodell gut ausgereift, welche Möglichkeiten der Finanzierung gibt es, wie kann das Produkt vermarktet werden?

Gedik-Güneş betreut für die Kommunalverwaltung von Tepebaşı die Aktivitäten des Gründerzentrums im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Berlin Treptow-Köpenick und Tepebaşı. Es ist ihr ein großes Anliegen, dass es hier nicht nur um wirtschaftlich attraktive Geschäftsideen geht, sondern um soziales Unternehmertum: „Wir suchen Ideen, die positive Auswirkungen auf die Gesellschaft haben und nachhaltig sind. Diesen Ansatz empfinde ich als sehr wertvoll.“ Immer wieder bekommen während der intensiven Beratungen rein wirtschaftliche Geschäftsideen zusätzliche Nachhaltigkeitskomponenten. So etwa bei einem jungen Mann, der ein Lebensmittelgeschäft eröffnen wollte. Das Beraterteam regte dann an, dass er mit Bio-Produkten sein Sortiment attraktiver machen kann.

Über 200 junge Menschen nahmen bereits an den Kursen des Gründerzentrums zu The-

men wie soziales Unternehmertum, Erstellung eines Business-Plans und Management teil. Wer alle drei Kurse absolviert hat, kann sich im Anschluss mit seiner Geschäftsidee für ein Mentorenprogramm der Kommunalverwaltung von Tepebaşı bewerben.

Nicht alle Besucherinnen und Besucher des Zentrums verwirklichen mit ihrer Geschäftsidee einen lang gehegten Traum. Für viele ist die Existenzgründung eine Notlösung, denn über 30 Prozent der jungen Leute in Eskişehir haben kaum eine berufliche Perspektive, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Selbst Hochqualifizierte mit Universitätsabschluss ziehen vielfach weg. Dabei ist die Stadt Eskişehir eine der dynamischsten, modernsten und ökologisch nachhaltigsten Städte in der Türkei. Etwa 40.000 Studierende sind an den beiden großen Universitäten eingeschrieben. Symposien, Ausstellungen, Tanz-, Musik- und Theaterfestivals prägen das vielfältige kulturelle Leben.

| Chancen für Geflüchtete

Von den etwa vier Millionen in der Türkei lebenden Geflüchteten hat Tepebaşı 9000 aufgenommen. Deren Integration ist eine Herausforderung für die Stadt. Schließlich will

Links außen: Ezgi Gedik-Güneş, Fachkraft für kommunale Partnerschaften im türkischen Tepebaşı.

Links: Der Bürgermeister von Tepebaşı, Ahmet Ataç, bei einer Präsentation der Modedesignerin Gözde Öncüer im Gründerzentrum.

Rechts: Im Gründerzentrum finden viele Veranstaltungen rund um wirtschaftliche Innovationen statt, so 2019 der Hackathon „Map the Gap“.

Foto: Eskişehir/Tepebaşı Belediyesi



man sich nicht nur um die Grundbedürfnisse der vornehmlich aus dem Irak, aus Syrien und dem Iran stammenden Geflüchteten kümmern, sondern sie als Mitbürgerinnen und Mitbürger annehmen und mit ihnen zusammenleben.

Das Angebot des Gründerzentrums richtet sich explizit auch an Geflüchtete. Für sie ist in Eskişehir die Selbstständigkeit oft der einzige Weg ins Erwerbsleben. Ihr Unternehmertum führt leicht zu einer Win-Win-Situation: Die Geflüchteten, die oft gut ausgebildet sind, können ihren Lebensunterhalt verdienen und gleichzeitig zum wirtschaftlichen Wachstum und zur sozialen Entwicklung in Eskişehir beitragen.

Allerdings sind die sprachlichen Hürden für sie häufig sehr hoch. Sie sprechen Arabisch oder Englisch, das öffentliche Leben findet aber auf Türkisch statt. Deshalb bietet das Gründerzentrum seine Kurse auch auf Englisch an. Für Geflüchtete gibt es Türkisch- und Englischkurse und für türkischsprachige Teilnehmende am Programm Arabisch- und Englischkurse, damit keine Sprachbarrieren die Gründerinnen und Gründer daran hindern, sich zu vernetzen.

| Blick nach Berlin

Ezgi Gedik-Güneş will das 2018 mit der Unterstützung aus Treptow-Köpenick eröffnete Gründerzentrum mit ähnlichen Einrichtungen in der Türkei und im Ausland vernetzen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam neue Ideen zu entwickeln. Besonders häufig richtet sie ihren Blick aber in Richtung Berlin. Das liegt natürlich daran, dass Berlin ein Hotspot der weltweiten Gründerszene ist. Aber nicht nur. Der Bezirk Tepebaşı von Eskişehir und Berlin Treptow-Köpenick arbeiten seit 2010 zusammen und sind seit 2017 durch eine offizielle kommunale Partnerschaft verbunden. Zwar leben in dem Bezirk im Südosten Berlins längst nicht so viele türkeistämmige Menschen wie etwa in Neukölln oder Kreuzberg, aber die beiden Kommunen haben anderes gemeinsam. In beiden gibt es eine aktive Kunst- und Kreativszene,

die sich mehr und mehr professionalisiert.

Nur ein Jahr nach dem offiziellen Start ihrer Partnerschaft nutzten die beiden Kommunen die finanzielle Unterstützung des deutschen Entwicklungsministeriums (BMZ) im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“, um das Gründerzentrum für die Sozial- und Kreativwirtschaft im Bezirk Tepebaşı von Eskişehir zu gründen.

| Lebendiges Gründerzentrum

Nun gilt es, das Haus mit Leben zu füllen: Es braucht Menschen mit Visionen und viel Energie, die die Angebote für die Gründerszene von Eskişehir etablieren, besonders wichtige Zielgruppen wie Geflüchtete, Frauen und Menschen mit Behinderungen ansprechen und den Austausch mit anderen Gründerzentren in der Türkei, in Treptow-Köpenick und anderswo anregen. Die beiden Partnerkommunen in Berlin und Eskişehir nutzten auch bei diesem Anliegen eine Förderung der SKEW mit Mitteln des BMZ und bewarben sich für eine personelle Unterstützung im Rahmen des Programms „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“ (FKPW). Zuvor hatten andere Kommunen meist deutsche Fachkräfte in die Partnerkommune im globalen Süden entsandt. Diesen Weg wollten Treptow-Köpenick und Tepebaşı nicht einschlagen, denn schließlich gab es in Eskişehir genug hochqualifizierte Fachkräfte.

Zum Beispiel Ezgi Gedik-Güneş. Sie kam nach ihrem Studium der internationalen Beziehungen sowie Medien- und Kulturwissenschaften in den USA und in Ankara und nach ersten Jobs in Ankara zurück in ihre Heimatstadt Eskişehir und arbeitete dort mit Jugendlichen. „Ich liebe Eskişehir“, sagt sie und stärkt daher für zwei Jahre als einheimische Fachkraft die dortige Gründerszene und die Städtepartnerschaft mit Berlin Treptow-Köpenick mit deren vielen Projekten zu Jugend, Soziales, Stadtplanung, Denkmalschutz sowie Kunst und Kultur. Die Verwaltung von

Tepebaşı erhält über das Programm FKPW einen Zuschuss, um ihr Gehalt zu finanzieren.

| Von der Idee zum Start-up

Wer einen Erfolg des Gründerzentrums sehen möchte, besucht das Studio für nachhaltige Mode von Gözde Öncüer in Eskişehir. Die studierte Modedesignerin entwirft und verkauft Kleidung aus zertifizierter Bio-Baumwolle und anderen kompostierbaren Rohstoffen. Den Weg zum eigenen Laden schaffte sie mithilfe des Gründerzentrums.

Zwei weitere Frauen gründen in Eskişehir derzeit ihr eigenes Unternehmen in der Modebranche. Sie studierten Modedesign beziehungsweise Wirtschaft und planen, Altkleider zu recyceln und daraus neue Kleidung herstellen. Sie wollen auch Kurse für nachhaltige Mode anbieten, zum Beispiel zum Färben von Kleidung.

Eine ungewöhnliche Gründungsidee hatte ein aus Aserbaidschan nach Eskişehir Geflüchteter. Er will aus Zigarettensmüllern Materialien zur Isolierung von Dächern produzieren. Aus Nachhaltigkeitsaspekten eine attraktive Idee: aus Abfall Häuser klimafreundlich dämmen. Ob er diese Idee auch in ein erfolgreiches Geschäftsmodell umsetzen kann, erörtert er derzeit mit dem Beratungsteam des Gründerzentrums.

Ob Handwerk, Mode oder Design, immer mehr Gründerinnen und Gründer aus Eskişehir nutzen die Angebote des Gründerzentrums. Sie schätzen die Beratung dort, die Lernmöglichkeiten und vor allem den Austausch mit anderen Start-ups – aus Eskişehir, Ankara, Istanbul und Berlin. | |



Dr. Susanne Reiff
ist freie Redakteurin.

Von der Brachfläche zum nachhaltigen Naherholungsgebiet

Interview mit Zane Abdul, einheimische Fachkraft für die Städtepartnerschaft Bremen-Durban



Foto: Hëlge Mehrtens

Viele freie Flächen liegen im südafrikanischen Durban zwischen den dicht besiedelten Townships und entlang der vielen Flüsse. Sie haben ein hohes soziales, wirtschaftliches oder ökologisches Potenzial und liegen dennoch oft brach und sind ungenutzt, weil sie häufig als unsicher gelten. Nun sollen sie verstärkt für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden. Dieses Ziel haben sich die Partnerstädte Bremen und Durban gesetzt und auch schon jemanden gefunden, der die Umsetzung dieses Vorhabens vorantreibt: Es ist Zane Abdul, der für dieses Projekt seit März 2020 als einheimische Fachkraft der kommunalen Partnerschaft Bremen-Durban tätig ist.

Sie setzen sich dafür ein, dass die Freiflächen in Durban sinnvoll und nachhaltig genutzt werden. Das ist eine große Aufgabe. Wo fängt man da an?

Zane Abdul: Ich werbe bei der Stadtverwaltung für ein neues Bewusstsein für das große Freiflächenpotenzial. In den nächsten zwei Jahren will ich in der Kommune neue Denkweisen etablieren – und zwar über

die üblichen Fachbereichsgrenzen hinweg: Wir müssen Flächen immer als Gesamtheit betrachten und uns nicht immer nur einen Aspekt herauspicken. Die Klimaexperten sehen einen Raum oder eine Fläche etwa primär im Hinblick auf die Klimaanpassung, die Wasserexperten sehen denselben Raum als Flusseinzugsgebiet, die Stadtplaner haben eine Entwicklungsperspektive. Für eine nachhaltige Entwicklung benötigen wir aber einen ganzheitlichen Ansatz und davon will ich die einzelnen Ämter und die Leitung der Stadtverwaltung überzeugen.

Wie sehen die Räume aus, mit denen Sie sich beschäftigen?

In Durban gibt es besonders an den Stadträndern viele nicht entwickelte Flächen. Das Land liegt oft brach, obwohl diese Grünflächen prinzipiell wertvoll sind. Sie können wichtige ökologische Dienstleistungen erbringen, als fruchtbares Land für Urban Gardening dienen oder für Freizeit und Nah-

erholung genutzt werden. Zudem können sie wie ein Schwamm viel Wasser speichern und so das Überschwemmungsrisiko der nahen Wohngebiete deutlich senken.

Wir sind dabei, Feuchtwiesen entlang des Flusses Piesang, die zwischen den Townships Inanda, Ntuzuma und KwaMashu mit einer Bevölkerung von über einer Million Menschen liegen, für diese Zwecke nutzbar zu machen. Wo früher ein ungenutzter und verschmutzter Angstrum war, soll langfristig ein Zentrum für Umweltbildung, ein Ort für soziale und kulturelle Veranstaltungen sowie für sportliche Aktivitäten und den lokalen Handel entstehen. Es ist ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen Bremen und Durban, hier städtische Gärten zu entwickeln, um die Kleinbauern vor Ort zu stärken. Diese können dann ihre landwirtschaftlichen Produkte direkt auf einem kleinen Markt verkaufen. So verbessern wir nebenbei auch noch die Nahrungsmittelsicherheit und das Einkommen der hier lebenden Menschen, von denen viele durch

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Urban-Gardening-Projekt in Durban tauschen ihre Erfahrungen aus.

die COVID-19-Pandemie ihren Job und damit ihre Lebensgrundlage verloren haben.

Wie findet die Bevölkerung diese Ideen?

Es ist wichtig, dass die Anwohnerinnen und Anwohner gut darüber informiert sind, was mit den Flächen passiert. Je mehr wir sie in die Planungen einbinden, desto besser passen die Angebote später zu den Bedarfen und werden entsprechend genutzt und bewahrt. Wir involvieren insbesondere Jugendgruppen; für sie sollen die neu gestalteten Flächen auch Zukunftsperspektiven schaffen. Für den neuen Park gibt es übrigens sogenannte Park-Aktivatoren: geschulte Bewohnerinnen und Bewohner der angrenzenden Wohngebiete, die die Bevölkerung motivieren sollen, den Park zu nutzen und sich an seiner Gestaltung zu beteiligen. Langfristig wünsche ich mir, dass die Leute den Park so wertschätzen, dass sie sich für seinen Erhalt mitverantwortlich fühlen.

Wir müssen bei neuen Maßnahmen immer eine gesunde Balance zwischen dem jeweiligen Bedarf und den Möglichkeiten der Umsetzung wahren. Wenn einige Bewohnerinnen und Bewohner von KwaMashu etwa den Begriff „Stadtentwicklung“ hören, denken sie an teure städtebauliche Projekte wie in den reichen Vororten der Stadt. Das ist natürlich nicht realistisch und würde hier auch gar keinen Sinn machen.

Welche Rolle spielt Bremen als Partnerstadt von Durban dabei?

Durban und Bremen haben schon 2010 eine kommunale Entwicklungspartnerschaft für Klima- und Ressourcenschutz begründet. Mit finanzieller Unterstützung der deutschen Regierung widmeten sich die beiden Städte unter anderem der Renaturierung von Feuchtgebieten zur Anpassung an den Klimawandel im Wassereinzugsgebiet des uMhlangane-Flusses. Zudem stellt uns Bremen seine Expertise zur Verfügung, zum Beispiel zu dezentralisierten Abwassersystemen und wir erhalten aus Deutschland Zuschüsse für Anlagen zur Überprüfung der Wasserqualität.

Aktuell tauschen wir uns mit Bremen auch zum Urban Gardening aus, leider nicht persönlich, weil ein gemeinsamer Workshop aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht stattfinden konnte. Bremen hat in diesem Bereich viel Erfahrung, die wir gerne hier nutzen möchten. Wir in Durban haben wiederum schon seit 2013 eine Klimaanpassungsstrategie, die unter anderem Vorsorge- und Schutzmaßnahmen festlegt. Die Erfahrungen dieses Prozesses konnten wir mit Bremen teilen, als dort 2016 die Erstellung einer Klimaanpassungsstrategie anstand.

Sie starten mit Ihrem Projekt aber nicht bei null?

Nein, von 2016 bis 2019 war eine Expertin im Rahmen des Programms „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“ in Durban tätig, über das auch meine Stelle größtenteils finanziert wird. Helge Mehrstens aus Deutschland hat hier vieles in Bewegung gebracht. Ich setze ihre Arbeit nun fort und etabliere die von ihr mit großem Erfolg angestoßene nachhaltige Flächennutzung als Thema in der Stadtverwaltung. Frau Mehrstens hat übrigens auch die Idee vorangetrieben, in Durban das Fahrrad als Verkehrsmittel stärker zu etablieren. Viel zu viele Autos verstopfen die Straßen und sie schlug der Stadtverwaltung vor, das Fahrrad wie in vielen deutschen Städten nicht nur in der Freizeit, sondern als nachhaltiges Transportmittel zu nutzen.

Was unterscheidet Sie von den anderen Mitarbeitenden bei der Stadtverwaltung in Durban?

Wir haben nur durch die deutsche Förderung die Möglichkeit, dass sich ein Mitarbeiter so intensiv mit der nachhaltigen Nutzung von Freiflächen beschäftigt. Die anderen Angestellten in der Stadtverwaltung haben wohl auch nicht zum Ziel, sich überflüssig zu machen. Aber genau das ist meine Aufgabe: In zwei Jahren soll das Thema Freiflächen in der Stadt etabliert sein und in einem nächsten Schritt muss es in deren Strategien und die Business-Pläne Eingang finden. Wir entwickeln jetzt Beispiele, die später an anderer Stelle nachgeahmt

Die Partnerschaft Bremen-Durban

Gemeinsame Projekte:

- 2011: „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“
- 2012 – 2016: „Renaturierung von Feuchtgebieten zur Anpassung an den Klimawandel im Wassereinzugsgebiet des uMhlangane Flusses“
- 2016 – 2019: Einsatz einer integrierten Fachkraft
- 2017 – 2019: Netzwerk für marine Umweltbildung
- 2020 – 2022: Einsatz einer einheimischen Fachkraft
- 2020 – 2022: „Vom Grünen Bremer Westen bis zum Township KwaMashu: Grünflächen klimarelevant managen, gestalten und für die Umweltbildung nutzen“

Auszeichnungen:

Gewinner des Deutschen Nachhaltigkeitspreises 2020 in der Kategorie „Kommunale Partnerschaften“

werden können. Dazu gehört natürlich auch, dass sich die Kolleginnen und Kollegen ein Know-how für die Umsetzung solcher Projekte aneignen.

Eine weitere Besonderheit ist natürlich, dass ich unmittelbar von den Erfahrungen in Bremen profitieren kann. Welche Kolleginnen und Kollegen haben sonst einen direkten Draht zu einer Stadt mit so viel Erfahrung auf diesem Gebiet?

Was motiviert Sie, in Durban im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Bremen zu arbeiten?

Ich bin in Durban geboren und aufgewachsen. So kenne ich die große Ungleichheit zwischen Arm und Reich in der Stadt aus erster Hand. Gleichzeitig gibt es so viel Potenzial für Verbesserungen! Durban hat die Vision, die lebenswerteste Stadt Afrikas zu werden. Ich finde, dieser Status soll für alle Stadtteile gelten – auch für jene, wo viele Menschen mit niedrigeren Einkommen oft auf engstem Raum ohne Wasser und ohne Räume für Handel oder Freizeitaktivitäten leben. ||

Das Interview führte
Dr. Susanne Reiff, freie Redakteurin.

Jakarta: als Smart City gegen COVID-19

Der Berliner Kariem El-Ali plant in Jakarta digitale Lösungen, die auch der Pandemiebekämpfung zugutekommen

| Susanne Reiff

Fast leer waren die Straßen Jakartas während des Lockdowns im Frühjahr 2020. Eine unvorstellbare Ruhe herrschte in der sonst Tag und Nacht hektischen und lauten Hauptstadt Indonesiens mit ihren über 30 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Das öffentliche Leben kam weitgehend zum Erliegen, um eine weitere Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern. Für die lokale Wirtschaftsentwicklung sind die Folgen dramatisch. Viele Menschen verloren ihre Jobs; nicht nur Straßenverkäufern und Motorrad-Taxifahrerinnen brach das Einkommen weg. Jakarta steht wie viele andere Städte weltweit vor großen und neuartigen Problemen.

„Wären wir zu Beginn der COVID-19-Pandemie nur schon etwas weiter gewesen“, sagt Kariem El-Ali. Der Berliner arbeitet seit 2019 als integrierte Fachkraft in der Smart City Unit der Kommunalverwaltung in Jakarta. Wie viele andere Städte weltweit hat sich auch Jakarta aufgemacht, eine Smart City zu werden, also eine Stadt, die für ihre nachhaltige und integrierte Entwicklung verstärkt auch auf digitale Technologien setzt. Im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin – Jakarta entwickelt er aktuell mit seinem Team eine Online-Austausch- und Lernplattform, auf der sich städtische Akteure insbesondere aus Jakarta, Berlin und Bangkok vernetzen können. „Für den Umgang mit COVID-19 und mit den Auswirkungen der Pandemie wäre die Plattform so hilfreich gewesen“, findet El-Ali. Geplant sind öffentliche Räume, in denen Projektergebnisse geteilt werden können, aber auch geschlossene Foren zum Austausch für bestimmten Gruppen. „Die Plattform hätte den Austausch von Erfahrungen zu Anfang der Pandemie sehr vereinfacht. Unsere Erkenntnisse in Jakarta wären vielleicht für andere Mega-Städte interessant gewesen, die in Berlin ergriffenen Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus hätten ebenfalls als Diskussionsgrundlage dienen können. Wenn die Plattform erst einmal online ist, soll sie für solche Vernetzungen der ideale Ort sein“, so El-Ali.



Foto: Hani Santosa / Shutterstock.com

Die Plattform wird zudem den Austausch zwischen Kommune, Privatwirtschaft, Investoren, Wissenschaft, nichtstaatlichen Organisationen sowie Bürgerinnen und Bürgern erleichtern und vor allem auch das Start-up-Ökosystem der Stadt unterstützen. Mit Blick über die Stadtgrenzen hinaus wird sie Jakartas Smart-City-Aktivitäten mit vergleichbaren Initiativen verbinden – eine ideale Möglichkeit, sich gegenseitig zu inspirieren und voneinander zu lernen.

| Hackathon für COVID-19-Reaktionen

Während einige Projekte auf El-Alis Agenda aufgrund des Lockdowns ruhen mussten, nahm ein Vorhaben an Fahrt auf. Berlin und Jakarta organisierten von Juni bis August 2020 den Future City Hackathon. Bei einem Hackathon suchen Programmiererinnen und Programmierer zu einem bestimmten Thema innovative technische Lösungen. Er war der erste Online-Hackathon einer indonesischen Provinzverwaltung und der Start für einen partizipatorischen Prozess,

um gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen Jakartas im Zusammenhang mit COVID-19 zu finden. Zudem war dies der außerplanmäßige Auftakt für den „Innovation Hub“, ein Innovationszentrum in Jakarta, das Unternehmen – insbesondere Start-ups – bald dabei unterstützen soll, neue Dienstleistungen und Technologien für die Stadt zu entwickeln. Trainings, Beratungen und ein gründungsfreundliches Ökosystem sollen jungen Unternehmen neue Möglichkeiten in den Geschäftsfeldern urbane Innovationen und Smart City eröffnen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind das positive Signale für die Gründerszene der Stadt. Mit Berlin hat Jakarta hier den richtigen Partner, denn die Stadt gilt als pulsierendes Zentrum der weltweiten Gründerszene.

| Europäische Unterstützung für deutsch-indonesische Zusammenarbeit

Möglich ist all dies nur durch eine finanzielle Förderung durch die Europäische Union. Etwa 3,5 Millionen Euro stehen Berlin, Jakarta und Bangkok zur Verfügung, um gemeinsam innovative Lösungen für

Links: Menschenleere Straßen in Jakarta während des COVID-19-Lockdowns.

Nachhaltigkeit in wachsenden Städten zu entwickeln. Berlin und Jakarta sind schon seit 25 Jahren Partnerinnen, seit dem Start des EU-Projekts und dem Umzug von El-Ali nach Indonesien können sie aber viel mehr bewegen als früher. „Die Ressourcen der Kommunalverwaltung sind knapp. Wir hätten ohne die Unterstützung viel reden, aber wenig machen können“, so El-Ali. Natürlich sei die Bewerbung sehr aufwändig gewesen und die Abwicklung sei etwas kompliziert. Weil Kommunalverwaltungen in Indonesien keine finanzielle Förderung von internationalen Geberorganisation und ausländischen Regierungen erhalten dürfen, müssten alle Finanzen, selbst die kleinste Rechnung, über Berlin abgewickelt werden, erklärt El-Ali.

Aber der Aufwand lohnt sich, darin ist man sich in Berlin und Jakarta einig. Yudi Herman, Leiter der Unterabteilung für kommu-

nale Partnerschaften der Kommunalverwaltung von Jakarta sagt: „Sich mit anderen Städten auszutauschen, ist für Kommunen die beste Möglichkeit, sich neue Kompetenzen anzueignen. Das gilt besonders für die städtische Industrie 4.0, die die öffentlichen Dienstleistungen einer Kommune digitalisiert.“

| Ein Berliner in Jakarta

Aber wie kommt der Berliner El-Ali überhaupt dazu, sein Büro bei der Kommunalverwaltung in Jakarta zu haben? Er arbeitet für die Partnerschaft Berlin-Jakarta als integrierte Fachkraft, unterstützt vom Programm „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“, das die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Entwicklungsministeriums (BMZ) durchführen. Für zwei Jahre ist er Dreh- und Angelpunkt der

gemeinsamen Projekte zu Smart City. Sein Vorteil: Er arbeitete vorher bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Berlin in der Außenwirtschaftsförderung und kannte daher bereits Jakarta. Thyra Knauer von der Berliner Senatskanzlei sagt: „Gemeinsam innovative Konzepte entwickeln – das ist Teil der Städtepartnerschaft 4.0 von Berlin und Jakarta. Hierzu braucht es ein besonders gutes und vertrauensvolles Netzwerk, das bei Kariem El-Ali vor Ort zusammenläuft. Das ist nicht immer digital und gerade deshalb sehr smart.“ | |



Dr. Susanne Reiff
ist freie Redakteurin.

Anzeige

WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Umweltschutz und Menschenrechte
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

welt-sichten analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 10-2020 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Dr. Susanne Reiff (freie Redakteurin), Luca Haas (Engagement Global/SKEW), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Anzeige

Gestaltung: Matthias Koch, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW, Engagement Global gGmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
info@service-eine-welt.de



Machen Sie mit uns die ersten Schritte

Kommunen, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen, sind Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger. Mit nachhaltigen Projekten bereichern sie die Menschen lokal um das Wissen der Einen Welt. Fachliche und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung erhalten Sie von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de